## **Protokoll**

über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen am Donnerstag, 13.11.2014, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

#### **Anwesend:**

Ausschussvorsitzender: Bernd Redeker stellv. Ausschussvorsitzender: Lars Kühne

Ausschussmitglieder: Heinz Peter Boyken

Dr. Susanne Engstler

Jörn Kickler Bernd Köhler Jörg Weden

stellv. Ausschussmitglieder: Karl-Heinz Funke

Hannelore Schneider Dorothea Weikert

Ratsmitglieder: Rudolf Böcker

Iko Chmielewski Georg Ralle Elke Vollmer

Bürgermeister: Gerd-Christian Wagner

von der Verwaltung: Dirk Heise

Monika Kjeldgaard

Meike Knop Jens Neumann

### Tagesordnung:

#### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 21.10.2014
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anträge an den Rat der Stadt
- 4.1 Antrag der Stadt auf Gewährung einer kapitalisierten Bedarfszuweisung: Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Landkreis Friesland und dem Land Niedersachsen sowie Beschluss über das der Zielvereinbarung anliegende Haushaltskonsolidierungskonzept
- 4.2 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2014
- 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister Kein Tagesordnungspunkt
  - rtein ragesorunungspun
- 6 Zur Kenntnisnahme
- 6.1 Bericht der Wirtschaftsförderin

#### Protokoll:

#### Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Herr Redeker eröffnet die Sitzung und stellt die Tagesordnung fest.

# 2 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 21.10.2014

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 21.10.2014 wird einstimmig genehmigt.

Von der Verwaltung wird die Frage des Ratsherrn Funke aus der Sitzung vom 21.10.2014, ob die Grundstücke am Kohlhof auch nach einer Veräußerung als Ausgleichsflächen genutzt werden können, beantwortet.

Diese Flächen stehen der Stadt Varel nicht mehr als Ausgleichsflächen zur Verfügung, da der Deichband diese Flächen nach erfolgtem Kleiabbau selbst als Ausgleichsflächen vorhalten wird.

#### 3 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde findet mangels Wortmeldungen nicht statt.

#### 4 Anträge an den Rat der Stadt

4.1 Antrag der Stadt auf Gewährung einer kapitalisierten Bedarfszuweisung:
Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Landkreis Friesland und dem
Land Niedersachsen sowie Beschluss über das der Zielvereinbarung anliegende Haushaltskonsolidierungskonzept

Vorlage: 388/2014

Von der Verwaltung werden die seit der letzten Vorstellung der Zielvereinbarung notwendig gewordenen Veränderungen vorgestellt.

Der in der Sitzung vom 21.10.2014 diskutierte Klammerzusatz "(Umstrukturierungsmaßnahmen für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast sowie die Gründung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Varel)" im Abschnitt Gebot zum Haushaltsausgleich wird gestrichen.

Im Abschnitt Unvorhersehbare Ereignisse ist nach Rücksprache mit dem Land der zweite Absatz zu streichen. Das Land begründet diese Forderung damit, dass im NKomVG eine Verpflichtung zum Haushaltsausgleich gesetzlich geregelt ist, von der durch eine Vereinbarung nicht abgewichen werden darf. Da der Landkreis in seiner Vorlage für den Kreisausschuss den Abschnitt Unvorhersehbare Ereignisse komplett gestrichen hat, wird vorgeschlagen, den ersten Absatz ebenfalls zu streichen.

Ratsherr Funke findet es bedauerlich, beide Absätze zu streichen, da das Land für sich selbst auch Ausnahmen von der Verpflichtung zum Haushaltsausgleich zulässt, wenn es z. B. aus konjunkturellen Gründen geboten ist. Er regt an, mit dem Landkreis zu klären, ob die Möglichkeit der Beibehaltung des ersten Absatzes besteht, da dadurch doch eine gewisse Flexibilität für die Stadt Varel gegeben ist. Von der Verwaltung wird vorgeschlagen, dass der Beschlussvorschlag den ersten Absatz in dem Abschnitt unvorhersehbare Ereignisse enthalten wird. Sollte der Landkreis damit nicht einverstanden sein, gilt der Beschlussvorschlag als entsprechend geändert.

Der Bürgermeister sieht in der vollständigen Streichung des Absatzes kein Problem, da es jederzeit möglich sein wird, mit dem Land adäquat nach zu verhandeln beim Eintritt unvorhersehbarer Ereignisse.

Ratsherr Funke erklärt für Zukunft Varel die Zustimmung zur Zielvereinbarung im Interesse des übergeordneten Ganzen. Er bedankt sich noch ausdrücklich für das Entgegenkommen bei strittigen Passagen der Zielvereinbarung und betont, dass seiner Meinung nach ein einstimmiges Ergebnis gegenüber dem Land positiv zu werten wäre. Ob die optimistischen Prognosen für die Finanzplanung eintreten, ist ungewiss. Sie werden aber entsprechend der bisherigen Gespräche im Interesse der Vorgabenerfüllung der Zielvereinbarung mitgetragen.

Ratsherr Weden sieht es ebenfalls als wichtig an, Geschlossenheit zu demonstrieren. Er hat kein Verständnis dafür, dass das Land mit zweierlei Maß handelt, da es andere Zielvereinbarungen gibt, in denen der Passus mit den unvorhersehbaren Ereignissen enthalten ist.

Auch Ratsherr Kühne begrüßt, dass ein tragfähiger Kompromiss bezüglich der Zielvereinbarung gefunden werden konnte.

Der Bürgermeister dankt dem Rat für das Vertrauen und insbesondere dem Landrat für seinen Einsatz in dieser Angelegenheit. Die Zielvereinbarung ist ein klares Bekenntnis zur weiteren Konsolidierung des Haushalts der Stadt Varel. Er betont noch einmal, dass die Chance, die das Land der Stadt durch die Bedarfszuweisung gibt, auch ergriffen werden muss. Er geht davon aus, dass durch die zu beschließenden Maßnahmen die Handlungsfähigkeit der Stadt Varel wiederhergestellt werden wird.

Ratsherr Chmielewski wird sich bei der Abstimmung enthalten. Das Erhalten der Bedarfszuweisung ist grundsätzlich erfreulich, die abzuschließende Zielvereinbarung wird die Stadt de facto handlungsunfähig machen. Es stellt sich die Frage, wo noch wirkliches Einsparpotenzial vorhanden ist. Seiner Meinung nach sind Einsparungen nur über strukturelle Anpassungen zu erreichen. Daher kann er die beabsichtigten Maßnahmen inhaltlich nicht mittragen.

Ratsherr Köhler stimmt der Zielvereinbarung zu; er sieht die Stadt auf einem guten Weg.

Ratsherr Funke gibt zu bedenken, welche Alternative es gäbe, wenn man die Einschränkungen durch die Zielvereinbarung beanstandet. Ohne Bedarfszuweisung wäre es nur eine Frage der Zeit bis zur Zahlungsunfähigkeit der Stadt gewesen. Im Interesse der Stadt sei zu hoffen, dass die Planungen insbesondere auch zur Entwicklung in Dangast aufgehen.

Ratsherr Weden betont noch einmal, dass diese Zielvereinbarung ein Versuch ist, die Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen.

Frau Dr. Engstler sieht die Zielvereinbarung als Chance, nach den vor uns liegenden drei dürren Jahren die Möglichkeit zu haben, dann nicht mehr nur zu sparen, sondern auch wieder Geld – wenn auch in Maßen – ausgeben zu können. Ratsherr Chmielewski betont, dass es ihm nicht darum geht, die Zielvereinbarung zu boykottieren. Er sieht es so, dass schon bei den letzten Haushaltsberatungen die moralische Verpflichtung zum Sparen bestand und es dabei bessere Möglichkeiten gegeben hätte. Jetzt müssen Sparmaßnahmen beschlossen werden. Erster Stadtrat Heise weist darauf hin, dass drei Jahre wahrscheinlich nicht ausreichen werden, um die volle Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen, da nicht nur der laufende Haushalt ausgeglichen werden muss, sondern auch die Altfehlbeträge abgebaut werden müssen.

Ratsherr Funke erklärt, dass seines Erachtens ein Haushaltsausgleich nur aufgrund von Einsparbeschlüssen ohne Hilfe des Landes nicht erreichbar wäre. Die Defizite sind nicht entstanden aufgrund einer unsoliden Ausgabenpolitik sondern bedingt durch die Einnahmenseite.

Der Bürgermeister weist daraufhin, dass keine rechtliche Grundlage besteht, eine Bedarfszuweisung zu fordern, aber dank bilateraler Verhandlungen jetzt die Möglichkeit besteht, auch aufgrund geänderter Rahmenbedingungen beim Land, eine kapitalisierte Bedarfszuweisung zu erhalten. Viele avisierte Zukunftsverträge sind geplatzt, dies sei das Glück der Stadt Varel. Er weist noch einmal auf das massive Einnahmeproblem der Stadt im Bereich der Gewerbesteuer hin, sieht aber großes Potenzial bei den Vareler Firmen. Die bisher eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wie z. B. der medizinischen Abteilung in Dangast haben dazu beigetragen, dass der Fehlbetrag in den vergangenen Jahren kaum angestiegen ist. Daher besteht heute die Möglichkeit, die zukünftige Entwicklung positiv zu gestalten.

#### Anmerkung der Verwaltung:

Nach erneuter Rücksprache mit dem Land Niedersachsen gibt es die mündliche Aussage, dass auch der erste Absatz des Abschnitts "Unvorhersehbare Ereignisse" zu streichen ist. Das Land besteht auf eine vollständige Umsetzung der im Haushaltskonsolidierungskonzept benannten Maßnahmen und wird ein beliebiges Austauschen dieser Maßnahmen nicht mittragen. Daher wird der Passus "Unvorhersehbare Ereignisse" in der Zielvereinbarung gestrichen.

#### **Beschluss:**

Dem Abschluss der anliegenden Zielvereinbarung mit dem Landkreis Friesland und dem Land Niedersachsen über die Bewilligung einer Bedarfszuweisung zugunsten der Stadt Varel in Höhe von 8.750.000 Euro sowie dem vorgelegten und der Zielvereinbarung als Anlage beizufügendem Haushaltskonsolidierungskonzept wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss Ja: 9 Enthaltungen: 1

# 4.2 Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2014

Vorlage: 389/2014

Von der Verwaltung wird ein kurzer Überblick über die Veränderungen durch den Nachtrag im Ergebnis- und Finanzhaushalt gegeben.

Ratsherr Boyken erkundigt sich nach der Bedeutung der Position "Gutachten Stabsstelle".

Der Bürgermeister erläutert, dass es sich dabei nicht um ein Gutachten in Bezug auf die Einrichtung der Stabsstelle handelt, sondern um einen Ansatz, der es der Stabsstelle ermöglicht, bei Erfordernis Gutachten in Auftrag zu geben.

Ratsherr Chmielewski hätte es als sinnvoller angesehen, das Thema Stabsstelle Wirtschaftsbetriebe extern aufarbeiten zu lassen.

Ratsherr Funke wird insbesondere wegen der Einarbeitung der Maßnahmen aus der Zielvereinbarung dem Nachtrag unter Zurückstellung seiner Bedenken zustimmen.

#### **Beschluss:**

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2014 wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

Das Investitionsprogramm in der 1. Nachtragsfassung wird zur Kenntnis genommen.

#### Mehrheitlicher Beschluss Ja: 8 Nein: 2

#### 5 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

#### 6 Zur Kenntnisnahme

## 6.1 Bericht der Wirtschaftsförderin Vorlage: 403/2014

Der Bericht der Wirtschaftsförderin über ihre Tätigkeit sowie die Entwicklungen und Projekte der vergangenen Monate wird diesem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Die Wirtschaftsförderin erläutert das Angebot "simplylocal".

Die Möglichkeiten und Chancen dieser Internetseite werden im Ausschuss kontrovers diskutiert.

Ratsherr Kühne erkundigt sich nach dem Sachstand "Vermarktung Postgebäude". Der Bürgermeister erklärt, dass ein Fachbüro zur Vermarktung eingeschaltet wurde und sich aufgrund der Veränderungen im Bereich Markant-Netto zum Jahresende Fortschritte abzeichnen werden.

Ratsfrau Vollmer erkundigt sich nach den Kriterien für Firmenbesuche durch die Wirtschaftsförderin. Generell erfolgen die Besuche aufgrund von Anfragen der Firmen.

Ratsherr Boyken erkundigt sich nach dem Sachstand "GLP". Der Bürgermeister und die Wirtschaftsförderin haben mehrere Gespräche mit Interessenten geführt. Grundstücksverkäufe sind bisher aber nicht erfolgt.

#### Zur Beglaubigung:

gez. Bernd Redeker (Vorsitzende/r)

gez. Monika Kjeldgaard (Protokollführer/in)